

Domshof 14/15, 28195 Bremen  
[www.bab-bremen.de](http://www.bab-bremen.de)

Frau Muth  
Tel: 0421/9600 454 / -457  
email: [martina.muth@bab-bremen.de](mailto:martina.muth@bab-bremen.de)

Frau Kindereit  
Tel: 0421/9600 454 / -462  
email: [kerstin.kindereit@bab-bremen.de](mailto:kerstin.kindereit@bab-bremen.de)

Geschäftszeiten:

Mo. bis Do. von 9.00 bis 12.00 Uhr  
und 14.00 bis 16.00 Uhr  
Fr. von 9.00 bis 12.00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

## Merkblatt

über die  
vertraglich vereinbarte Förderung  
des Neubaus von Mietwohnraum  
in der Freien Hansestadt Bremen  
- Mietwohnraumförderung -

Stand: Juli 2020  
- Änderungen bleiben vorbehalten -

Außenstelle Bremerhaven  
Schifferstraße 36 - 40  
27568 Bremerhaven

Frau Parecker  
Tel.: 0471/30947388  
email: [dorothea.parecker@bab-bremen.de](mailto:dorothea.parecker@bab-bremen.de)

Geschäftszeiten:

Mi von 9.00 bis 12.00 Uhr  
und 14.00 bis 16.00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

Dieses Merkblatt soll allgemein über die wichtigsten Einzelheiten der in der Freien Hansestadt Bremen möglichen Förderung des Neubaus von Mietwohnraum informieren. Eine umfassende Wiedergabe der Förderungsbestimmungen soll und kann dieses Merkblatt nicht sein.

Die vollständigen Förderungsbestimmungen ergeben sich aus den Richtlinien zur Durchführung der vertraglich vereinbarten Förderung des Neubaus von Mietwohnraum in der Freien Hansestadt Bremen - Mietwohnraumförderung - vom 13. Oktober 2014 (Brem.ABl. S. 1394) (kurz: Neubaurichtlinien) in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit dem Beschluss des Senats vom 24.02.2015 sowie dem Beschluss der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 05.03.2015 zum 2. Wohnraumförderungsprogramm und den Beschlüssen des Senats vom 28.06.2016, 14.11.2017 und 19.03.2019 zum 3. Wohnraumförderungsprogramm sowie vom 03.03.2020 zur Neupositionierung der Bremischen Wohnungspolitik.

Das Amtsblatt kann vom Verlag Carl E. Schünemann KG, Zweite Schlachtpforte 7, 28195 Bremen bezogen werden oder im Internet unter <http://transparenz.bremen.de/> eingesehen werden. Die Beschlüsse sind bei uns, der Bremer Aufbau-Bank GmbH als Förderungsstelle, erhältlich.

Selbstverständlich informieren wir Sie als zuständige Förderungsstelle in der Freien Hansestadt Bremen auch gern persönlich. Bitte vereinbaren Sie mit uns einen Termin unter der o. g. Telefonnummer.

## 1. Allgemeines zur Förderung

1.1 In den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven kann auf Antrag der Neubau von Mietwohnraum in Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen gefördert werden. Das Energieniveau des Neubauvorhabens soll mindestens dem des KfW-Effizienzhauses 70 entsprechen.

Die Förderung erfolgt mit zinsverbilligten Darlehen. Die Refinanzierung dieser Darlehen erfolgt über die KfW.

1.2 Die Höhe der Darlehen ist nach Wohnungsgrößen gestaffelt und ergibt sich aus der folgenden Tabelle:

Darlehen pro Wohnung	
Wohnungen für 1 oder 2 Personen	bis zu EUR 60.000,00
Wohnungen für - Alleinerziehende mit 1 oder 2 Kindern - 3 Personen	bis zu EUR 75.000,00
Familienwohnungen (ab 4 Personen, auch Mietreihenhäuser)	bis zu EUR 90.000,00
1-Zimmer-Appartements, z. B. für Studierende	bis zu EUR 35.000,00
Umbau von Nichtwohngebäuden, z. B. Büros, wenn Neubaukosten erreicht werden	wie Neubau
Aufschlag pro Wohnung bis zu - bei nachgewiesenen besonderen Kostensituationen - Voraussetzung: Maßnahme im Interesse der Stadt Bremen bzw. der Stadt Bremerhaven	bis zu EUR 5.000,00

Mit den Förderdarlehen werden die Bau- und Baunebenkosten finanziert, höchstens bis zu 80 v.H. der Gesamtkosten.

1.3 Die Darlehenszinsen werden für 10 Jahre festgeschrieben. Der Zinssatz des Darlehens wird für die ersten 10 Jahre der Laufzeit jährlich um bis zu 4 v. H. und für weitere 10 Jahre jährlich um bis zu 2 v. H. verbilligt. Ab dem 21. Jahr sind die Darlehen marktüblich zu verzinsen.

Die Tilgung kann abhängig von der Gesamtlaufzeit der Darlehen von der BAB individuell ermittelt werden. Sie beträgt in den ersten 10 Jahren jedoch mindestens 1 v. H. p.a. und für weitere 10 Jahre mindestens 2 v.H. p.a.. Ab dem 21. Jahr sind die Darlehen dann mit mindestens 4 v. H. p.a. zu tilgen.

Die möglichen Darlehenslaufzeiten mit den jeweils geltenden Konditionen finden Sie in der Konditionsübersicht für das Förderprogramm unter [www.bab-bremen.de](http://www.bab-bremen.de).

1.4 Die Auszahlung des Förderdarlehens erfolgt nach

- Abschluss des Förderungs- und Darlehensvertrages,

- dinglicher Sicherung des Darlehens innerhalb von 85 v.H. der Gesamtkosten.

Es kann auf Antrag wie folgt ausgezahlt werden:

- in Höhe von 20 % der Darlehenssumme bei Fertigstellung der Kellerdecke bzw. der Sohlplatte,
- in Höhe von weiteren 30 % der Darlehenssumme bei einem Fertigstellungsgrad von 60 % (= Rohbau),
- in Höhe von weiteren 50 % der Darlehenssumme bei Nachweis der Bezugsfertigkeit sämtlicher Wohnungen des Mietobjekts sowie Nachweis des erreichten energetischen Standards.

Der Nachweis des ordnungsgemäßen Bezuges ist nachträglich zu erbringen.

### 1.5 Eigenleistung

Der Förderungsnehmer soll zur Finanzierung der Gesamtkosten eine Eigenleistung von mindestens 15 v.H. erbringen. Dieses ist durch eine entsprechende Bescheinigung des finanzierenden Kreditinstitutes nachzuweisen.

### 1.6 Kein Rechtsanspruch auf Förderung

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung von Förderungsmitteln besteht auch bei Vorliegen aller Förderungsvoraussetzungen nicht.

Die beantragte Förderung ist insbesondere dann von der Förderungsstelle abzulehnen, wenn Bedenken gegen die erforderliche Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Bauherrn bestehen.

### 1.7 Kumulierung mit anderen Förderungsmitteln

Die gleichzeitige Förderung mit anderen, auch bremischen Mitteln im Sinne des WoFG ist zulässig. Darlehen aus Förderprogrammen der KfW sollen soweit möglich in Anspruch genommen werden.

## 2. Beantragung der Förderung und Bereitstellung der Förderungsmittel

- 2.1 Vor Baubeginn ist die Einbeziehung des Bauvorhabens in die Förderung formlos bei der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau - Referat 73 -, Contrescarpe 72, 28195 Bremen, (Herr Döpkens, Tel. 0421/361 95074) zur Prüfung der Förderungswürdigkeit anzumelden.

Der Anmeldung sind beizufügen:

- ein Lageplan,
- Angabe der vorgesehenen Wohnungseinheiten, die hinsichtlich Größe und Grundrissgestaltung bedarfsorientiert sein sollen.

Zusätzlich wird neben der technischen Prüfung eine Bonitätsprüfung von der Bremer Aufbau-Bank GmbH durchgeführt.

- 2.2 Nach Erteilung eines Bescheides über die grundsätzliche Einbeziehung des Bauvorhabens in die Förderung (Grundsatzbescheid) ist das Förderdarlehen vom Bauherrn auf dem bei der Förderungsstelle erhältlichen Antragsformular zu beantragen.
- 2.3 Grundlage der Förderung ist ein vom Bauherrn mit der Förderungsstelle abzuschließender Förderungsvertrag. Der Vertragsabschluss kann erst nach abschließender Prüfung des formellen Förderungsantrages und nach Vorliegen der entsprechenden Förderungsvoraussetzungen erfolgen.

- 2.4 Nach Durchführung der Maßnahme ist gegenüber der Förderungsstelle u.a. ein Kostennachweis durch Vorlage der Schlussrechnung zu erbringen. Auf Anforderung ist durch geeignete Unterlagen ebenfalls nachzuweisen, dass der Förderungsnehmer seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens den gültigen Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz für das Land Bremen (Landesmindestlohngesetz) vom 17. Juli 2012 (Brem.GBl. S. 300) in der jeweils geltenden Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.05.2019 (Brem.GBl. Nr. 68, S. 361) gewährt.

Das Mindestlohngesetz des Bundes bleibt hiervon unberührt und ist daneben zu beachten.

### 3. Anforderungen an den Wohnraum

- 3.1 Der neu zu schaffende Wohnraum muss den Vorschriften des Baugesetzbuches und der Bremischen Landesbauordnung (BremLBO) vom 4. September 2018 (Brem.GBl. S. 320) in der jeweils geltenden Fassung entsprechen und die Erschließung gesichert sein. Alle Wohnungen sollen entsprechend der eingeführten Technischen Baubestimmungen (BremLTB) vom 7. September 2015 gemäß Anlage 7.3/2 nach DIN 18040-2 barrierefrei errichtet werden.
- 3.2 Die geplanten Maßnahmen sollen im Einklang mit den kommunalen Stadt- und Quartiersentwicklungszielen stehen. In diesem Rahmen kommt modellhaften Vorhaben bzw. Pilotprojekten besondere Bedeutung zu. Die Wohnungen sollen grundsätzlich folgende Größen nicht überschreiten:

		zulässige Wohnfläche in m <sup>2</sup>	
Anzahl der Personen/ Haushaltstyp	Zimmer	Geschoss- wohnungsbau	Reihenhäuser
1 Person/ 1-Zimmer-Appartement	1	25 bis 30	—
1 Person	2	50	—
2 Personen	2	60	—
2 (alleinerziehend mit 1 Kind)	3	70	—
3 Personen	3	75	110
4 Personen	4	85	125
5 Personen	5	95	140
je weitere Person	1	10	10

Dabei soll für jede Person eines Haushaltes ein Raum ausreichender Größe vorhanden sein.

Nicht gefördert wird Wohnraum,

- der zur dauernden Unterbringung ungeeignet ist,
- der wegen seiner Lage oder Grundrissgestaltung keinen ausreichenden Wohnwert hat,
- der in seiner Bauausführung und Ausstattung erheblich über durchschnittliche Wohnbedürfnisse hinausgeht,
- mit dessen Bau schon vor der grundsätzlichen Einbeziehung in die Wohnraumförderung begonnen wurde, ohne dass die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau einen vorzeitigen Baubeginn zugelassen hat.

#### 4. Zweckbestimmung des geförderten Wohnraums

##### 4.1 Zweckbestimmungszeitraum

Der Zweckbestimmungszeitraum beträgt 20 Jahre und beginnt mit der Bezugsfertigkeit des Förderungsobjektes. Die Zweckbestimmungsdauer verkürzt sich auch dann nicht, wenn der Förderungsnehmer das Förderdarlehen außerplanmäßig freiwillig oder aufgrund einer von ihm zu vertretenden Kündigung vollständig zurückzahlt.

##### 4.2 Belegungsbindung

Die geförderten Wohnungen sind Wohnungssuchenden zur Verfügung zu stellen, die durch Vorlage einer gültigen Bescheinigung der zuständigen Wohnungsbehörde nachweisen können, dass ihr Familieneinkommen bei Bezug der Mietwohnung die in dem § 9 Abs. 2 WoFG bestimmte Einkommensgrenze um nicht mehr als 60 v. H. überschreitet. Sie sollen vorrangig an Wohnungssuchende vergeben werden, die die Einkommensgrenze des § 9 Abs. 2 WoFG einhalten.

20 v. H. der geförderten Wohnungen sollen an Menschen vermietet werden, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind. In diesem Rahmen soll insbesondere die Möglichkeit des sozial integrativen Wohnens gefördert werden, dies geschieht in der Stadtgemeinde Bremen in Zusammenarbeit mit der Zentralen Fachstelle Wohnen beim Amt für Soziale Dienste. Der Förderungsnehmer muss die Bindung an diesen bestimmten Personenkreis nicht unmittelbar an dem geförderten Wohnraum eingehen, sondern kann diese Verpflichtung auch mittelbar an seinem sonstigen frei finanzierten Wohnungsbestand erfüllen.

Wohnungsbehörde ist in der Stadtgemeinde Bremen die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Referat Wohnungswesen, Contrescarpe 73, 28195 Bremen und in Bremerhaven der Magistrat, Sozialamt, Abteilung Wohnungsförderung, Stadthaus 1, Hinrich-Schmalfeldt-Str. 42, 27576 Bremerhaven.

##### 4.3 Mietbindung

Ab Bezugsfertigkeit der Wohnungen dürfen höchstens nachstehende Mieten erhoben werden:

	je m <sup>2</sup> Wohnfläche monatlich (netto/kalt)
KfW 40-Standard*	EUR 6,80
KfW 70-Standard/EnEV	EUR 6,10
KfW 55-Standard*	EUR 6,50
Passivhaus-Standard*	EUR 7,00
1-Zimmer-Appartements	EUR 0,70 Aufschlag auf die jeweils zulässige Miete

\* bzw. entsprechend zukünftigen KfW-Förderstandards

Während des Zweckbestimmungszeitraumes darf diese Miete im Rahmen des § 558 BGB in Verbindung mit der in der Stadtgemeinde Bremen geltenden Kappungsgrenzen-Verordnung erhöht werden, höchstens aber um die Hälfte der gesetzlich vorgesehenen Spanne. Die Miete darf bis zu einem Betrag erhöht werden, der um 10 % unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Weitere Mieterhöhungen sind während der o.g. Zweckbestimmung unzulässig.

Ferner ist die Vereinbarung zusätzlicher Geld-, Sach- oder Arbeitsleistungen des Mieters für die Wohnungsüberlassung - insbesondere Maklergebühren - nicht zulässig.

Neben der vorgenannten Miete dürfen nur Betriebskosten gemäß §§ 556, 556a und 560 BGB und ggf. die Pauschale für Schönheitsreparaturen nach § 28 Abs. 4 Zweite Berechnungsverordnung (II. BV) erhoben werden.

- 4.4 Die Zweckbestimmung (Belegungs- und Mietbindung) kann auch mittelbar erfüllt werden.
- 4.5 Eine Umwandlung der Mietwohnungen in Wohnungseigentum und deren Einzelverkauf - mit Ausnahme des Verkaufes der Wohnung an den wohnenden Mieter zum Zwecke der Selbstnutzung - ist während der o.g. Zweckbestimmung in der Regel ausgeschlossen.
- 4.6 Der Vermieter darf mit den Mietern nur unbefristete Mietverträge abschließen, es sei denn, die zuständige Förderungsstelle hat ausdrücklich anderen Mietverträgen zugestimmt. Stafelmietverträge sind nicht zulässig.